

SWP

Reden zum
40jährigen Bestehen,
1. Juli 2002

© Stiftung Wissenschaft und
Politik, 2002

SWP

Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Inhalt

5	Begrüßung	Ulrich Hartmann <i>Vorsitzender des Vorstands der E.ON AG, Präsident des Stiftungsrates der SWP</i>
11	40 Jahre SWP	Staatssekretär Dr. Frank-Walter Steinmeier <i>Chef des Bundeskanzleramts, Vizepräsident des Stiftungsrates</i>
23	Schlußwort	Prof. Dr. Heinrich Vogel <i>Mitglied des Vorstands der SWP</i>
27	Schlußwort	Dr. Christoph Bertram <i>Vorstandsvorsitzender der SWP und Institutsdirektor</i>

Begrüßung

Ulrich Hartmann

*Vorsitzender des Vorstands der E.ON AG,
Präsident des Stiftungsrates der SWP*

Sehr geehrter Herr Steinmeier,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich möchte Sie alle, auch im Namen des Stiftungsrates, zu dieser Geburtstagsfeier sehr, sehr herzlich willkommen heißen. Ich freue mich, daß wir heute gemeinsam den 40. Geburtstag der Stiftung Wissenschaft und Politik hier in Berlin feiern. Daß Sie hier sind, zeigt, welch hohe Wertschätzung und welch tiefe Sympathie Sie dem Geburtstagskind entgegenbringen.

Ich bitte um Nachsicht, daß ich nicht alle Ehrengäste einzeln begrüßen kann. Dies würde den zeitlichen Rahmen meiner Ansprache sprengen. Eine Ausnahme will ich aber doch machen:

Ganz besonders möchte ich Ihnen, Herr Steinmeier, dafür danken, daß Sie für den leider kurzfristig verhinderten Herrn Bundeskanzler eingesprungen sind, um heute den Festvortrag zu halten.

Sie werden von mir jetzt keinen ausgreifenden Rückblick auf vier Jahrzehnte erfolgreicher Arbeit der SWP erwarten. Ich will aber doch die prägende Rolle von zwei Persönlichkeiten ansprechen.

Reden zum
40jährigen Bestehen,
1. Juli 2002

Herr Professor Ritter, Sie waren die treibende Kraft bei der Gründung des Forschungsinstituts und bis 1988 sein erster Direktor.

Als einer der Pioniere auf diesem Gebiet in Deutschland haben Sie frühzeitig erkannt, daß Politik wissenschaftliche Beratung braucht – und Sie haben diese Erkenntnis selbst in die Tat umgesetzt. Ich freue mich, daß Sie heute an dieser Feier teilnehmen.

Besonderen Dank schuldet das Institut auch dem langjährigen, vor einiger Zeit verstorbenen Präsidenten des Stiftungsrates, Hans Merkle. Über 21 Jahre war er Präsident des Stiftungsrates, hat sich für die Stiftung unermüdlich engagiert, sie tatkräftig unterstützt und bis ins hohe Alter mit seinem guten, wohlbedachten Rat begleitet.

Viele von Ihnen, meine Damen und Herrn, haben daran mitgewirkt, die SWP fest an der Schnittstelle zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis und politischem Handeln zu verankern.

Wenn das Institut heute aus der Politikberatung nicht mehr wegzudenken ist und sich auch international einen Namen gemacht hat, so haben Sie dazu – ob als Mitstreiter oder als Förderer, ob als Freund oder als Kunde – wesentlich beigetragen. Auch mit dieser Geburtstagsfeier wollen wir Ihnen für Ihre Unterstützung ganz herzlich danken.

Mit dem Umzug der Stiftung nach Berlin ist eine schlagkräftige Mannschaft entstanden, die gerade in den letzten Monaten ein außergewöhnliches Arbeits-

pensum mit Leidenschaft und Kompetenz bewältigt hat. Lassen Sie mich einige Punkte ansprechen, die die Stiftung – die uns alle – sehr intensiv beschäftigen.

Die Hoffnung auf eine neue, friedliche Weltordnung nach dem Zusammenbruch des Ostblocks hat sich nicht erfüllt. Politikberatung ist deshalb heute gefragter denn je, wenn man etwa an die große, historische Aufgabe denkt, Rußland dabei zu helfen, ein stabiler Pfeiler im gemeinsamen europäischen Haus zu werden. Oder daran, die Integration der mittel- und ost-europäischen Länder in die Europäische Union erfolgreich zu bewältigen.

Und die Balkan-Krise machte drastisch klar, daß die Welt um uns herum nicht sicherer geworden war. Deutschland hat sich einem direkten, auch militärischen Engagement nicht entzogen. Dies war eine schwierige, eine mutige und ich meine auch: eine für die Sicherheit in Europa notwendige Entscheidung der Bundesregierung.

Und dann der 11. September! An jenem Tag – ich werde es nicht vergessen – waren wir hier bei der SWP, die ihre neuen Räumlichkeiten in Berlin einweihen wollte, als uns alle die furchtbare Nachricht aus New York erreichte. Zu feiern gab es dann natürlich nichts mehr. Was an diesem Tag die Welt erschütterte, führte auch die deutsche Politik in eine schwierige Bewährungsprobe. Die weltweite Auseinandersetzung mit dem Terrorismus ist noch nicht zu Ende. Mit unbeirrbarer Konsequenz und großer Weitsicht hat die

Bundesregierung in dieser kritischen Situation einen klaren Kurs eingeschlagen. Nach den schrecklichen Ereignissen hat vor allem der Bundeskanzler das Richtige gesagt und das Richtige getan. Wir sind ihm dafür dankbar.

Wenn unser Land heute als ein handlungsfähiger Partner in der Völkergemeinschaft agiert und als ein stabiler Faktor in einer Welt des Umbruchs anerkannt ist, so ist dies natürlich gerade auch aus Sicht international tätiger deutscher Unternehmen sehr zu begrüßen.

Es wird niemanden überraschen, daß auch für die Wirtschaft der politische Beratungsbedarf enorm gewachsen ist. Wer heute im internationalen Umfeld wirtschaftlich erfolgreich sein will, braucht erstklassige politische Expertise.

Manche haben ja geglaubt – und glauben noch, daß die Globalisierung zur Entmachtung des Staates führt. Aber dies ist nicht zu Ende gedacht.

Natürlich muß die nationale Politik umdenken, wenn Unternehmen über Grenzen hinausgehen und Standorte international im Wettbewerb stehen. Ihre Aufgabe ist jetzt, im internationalen Maßstab adäquate und einheitliche Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Globalisierung in vernünftige Bahnen zu lenken.

Wir brauchen also nicht weniger Politik, in einigen Bereichen brauchen wir sogar mehr Politik – und damit brauchen wir auch mehr Politikberatung.

Gäbe es die SWP nicht schon, müßte man sie also erfinden. Ich bin davon überzeugt: Die Stiftung Wissenschaft und Politik wird sich ihren Aufgaben hier in Berlin mit höchstem Engagement widmen. Ich kann Sie alle nur ermuntern, das exzellente Angebot dieses Instituts auch künftig anzunehmen und die Stiftung in jeder Form zu unterstützen.

Und ich darf nun Sie, sehr geehrter Herr Steinmeier, bitten, den Festvortrag zu halten.

40 Jahre SWP

Staatssekretär Dr. Frank-Walter Steinmeier

*Chef des Bundeskanzleramts,
Vizepräsident des Stiftungsrates*

Sehr geehrter Herr Hartmann,
sehr geehrter Herr Dr. Bertram,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der
Stiftung Wissenschaft und Politik,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

der Determinismus in der Wissenschaft ist uns schon vor Jahren abhanden gekommen! Und er ist leider nicht ersetzt worden durch die Gabe der Prophetie, auch nicht bei einer so vorausschauenden Institution wie der Stiftung Wissenschaft und Politik. Insofern ist doppelt entschuldigt, daß bei Festsetzung des heutigen Termins niemand vorausgeahnt hat, daß Ihre Jubiläumsfeier heute »on the day after« fällt.

Gleichwie – der von uns Kleingläubigen unvermutete Einzug der Fußballnationalmannschaft ins Finale hat uns um den Hauptredner des heutigen Abends gebracht. Der Bundeskanzler befindet sich noch auf dem Rückweg aus Japan und hat mich gebeten, heute an seiner Stelle die 40jährige Tätigkeit der SWP zu würdigen. Dies tue ich um so lieber, als ich mich der Stiftung und Ihnen, sehr verehrter Herr Bertram, als vielfältiger Nutznießer Ihrer Expertise und natürlich

Reden zum
40jährigen Bestehen,
1. Juli 2002

auch als stellvertretender Vorsitzender des Stiftungsrates in besonderer Weise verbunden fühle.

Ein Jubiläum ist ein fröhliches Ereignis, ein 40jähriges allemal. Als solches war es gedacht und geplant. Und dennoch wird es verknüpft sein und bleiben mit dem 11. September 2001.

Sie alle werden sich daran erinnern, daß am 11. September des vergangenen Jahres die feierliche Einweihung Ihres neuen Forschungsinstituts vorgesehen war. Während der Sitzung des Stiftungsrats ereigneten sich die schrecklichen Terroranschläge in New York und Washington. Die Feierstunde wurde abgesagt.

Der 11. September hat die Welt verändert. Der Satz ist oft gesagt; und dennoch nicht wirklich im Bewußtsein aller! Wer – wie viele von Ihnen – mit der Planung, Durchführung oder auch nur Teilnahme an internationalen Großereignissen zu tun hat, weiß, was gemeint ist, wenn ich sage: Die Folgewirkungen der schrecklichen Terroranschläge sind auch heute, mehr als neun Monate danach, nicht annähernd vollständig abzuschätzen.

Auf die Sicherheitspolitik der Atlantischen Allianz hatten die Anschläge des 11. September bereits erhebliche Auswirkungen. Die NATO hat erstmals in ihrer Geschichte den Bündnisfall festgestellt. Rußland wird seit dem NATO–Rußland-Gipfel von Rom als gleichberechtigter Partner bei einer Reihe wichtiger Themen in die Arbeit der Allianz einbezogen. Das Thema Terro-

rismusbekämpfung steht ganz oben auf der internationalen Tagesordnung; übrigens auch in der Kommunikation mit Staaten, mit denen uns partnerschaftliche Erörterung aktueller Fragestellungen in der Vergangenheit – zu Recht – schwerfiel.

Und wir können der Frage nicht ausweichen, wie wir den Frustrationen, dem Gewaltpotential, den Fundamentalismen unterschiedlichster Prägung und dem augenfälligen Demokratiedefizit in einigen Ländern des arabisch-islamischen Krisenbogens begegnen wollen.

Viel zu lange haben wir uns in Deutschland der trügerischen Hoffnung hingegeben, daß Krisen und Konflikte in vermeintlich fernen Weltgegenden unseren Alltag nicht wirklich betreffen – oder daß andere, insbesondere die USA, dort für Stabilität und Sicherheit zuständig sind.

Diese Haltung können wir uns – Sie alle wissen das – nicht länger gestatten. Wir können uns unserer gewachsenen Verantwortung nicht entziehen. Dabei werden wir uns auch an den Gedanken gewöhnen müssen, daß neben Krisenprävention und Krisenmanagement, wenn nötig, auch militärische Mittel zur Sicherung von Frieden und Stabilität eingesetzt werden müssen.

Krisenvermeidung verlangt umfassende Strategien, die politische, ökonomische, soziale und kulturelle Elemente sowie ein starkes Nachhaltigkeitsmoment einschließen. Nicht alles vom dazu notwendigen Wissen

ist in den Akten schon vorhanden oder in den Köpfen der aktuell Verantwortlichen gespeichert und abrufbar. Das gilt erst recht in Situationen, wo Krisenvermeidung versagt, wo neue Entscheidungssachverhalte mit hohem Entscheidungsdruck auf die in anderen Koordinationssystemen agierende Politik zulaufen. Kosovo war ein solcher Fall. Anspruchsvoller noch, weil europäern und in uns fremden Kulturkreisen, die Anforderungen Deutschlands für Afghanistan oder am Horn von Afrika.

Mit neuer Dringlichkeit stellt sich – neben vielen anderen – die Frage: Was erwartet die Bundesregierung, namentlich das Bundeskanzleramt, für das ich spreche, von einem Austausch mit einer wissenschaftlichen Forschungseinrichtung mit Schwerpunkt Außen- und Sicherheitspolitik? Ich will versuchen, auf diese Frage eine dreifache Antwort zu geben.

Erstens: Zunächst, und das sehr vordergründig: Die Bundesregierung erwartet die Bereitstellung fundierter Expertise.

Außen- und sicherheitspolitisches Handeln findet in einem sich rasch wandelnden internationalen Umfeld statt, in dem alte Orientierungsmuster – sowieso die aus der Architektur des Ost-West-Konflikts – weitgehend ihre Relevanz eingebüßt haben.

Das, was man darüber hinaus die *alte Unübersichtlichkeit* nennen könnte, nämlich die partielle Unzugänglichkeit fremder Länder, Kulturen und Welt-

anschauungen, wird zunehmend überlagert durch eine *neue Unübersichtlichkeit*, die die Orientierung erschwert.

Es wird nicht nur mir so gehen, daß das Auftreten einer Vielzahl neuer außenpolitischer Akteure, die in der Vergangenheit keine oder nur eine marginale Rolle gespielt haben, eingeübte, ja sogar bewährte Bewertungs- und Reaktionsmuster untauglich erscheinen läßt. Manche sehen das Ende des Nationalstaats ausgerufen, wovon ich nicht ausgehe.

Aber eines ist ja richtig: Das Zusammenwachsen der Welt, die revolutionären Veränderungen in der Informations- und Kommunikationstechnologie sowie im Transportsektor lassen die Welt zum »globalen Dorf« schrumpfen, in dem uns potentiell alles angeht, weil uns potentiell alles betreffen kann. Dies vollzieht sich vor dem Hintergrund alter und neuer Konflikte und Gefahrenherde sowie einer weiterhin wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich.

In einem solchen Umfeld braucht die Bundesregierung mehr denn je präzise aufbereiteten und fundierten wissenschaftlichen Rat, der es ihr erleichtert, aus dem Spektrum möglicher Entscheidungsoptionen die kurzsichtigen, einseitigen, untauglichen, falschen und weniger guten möglichst frühzeitig auszusondern.

Natürlich bewegt sich eine wissenschaftliche Forschungseinrichtung mit Schwerpunkt Außen- und Sicherheitspolitik in einem Kontext, der schon mehrfach besetzt ist. Informationen werden in den zuständigen Fachressorts verdichtet und analytisch aufberei-

tet. Sie erreichen uns über das Netz unserer Auslandsvertretungen, über unsere Dienste, über den Austausch mit befreundeten Regierungen und natürlich auch über die Medien.

Aber eine wissenschaftliche Forschungseinrichtung hat doch einen beträchtlichen komparativen Vorteil: Die Sachkunde ihrer Mitarbeiter hat eine spezifische Qualität, die sich aus der zumeist ein ganzes wissenschaftliches Leben währenden Beschäftigung mit einem bestimmten Thema speist.

Gerade im Nachgang zum 11. September hat sich die Expertise der Mitarbeiter der SWP als unverzichtbar erwiesen. In den darauffolgenden Tagen und Wochen haben wir enorm von diesem eindrucksvollen Potential profitiert. Ich erinnere mich gern an die zum Teil auch sehr kurzfristig einberufenen Runden – wir haben gerade heute eine nächste zum Thema Irak vereinbart –, in denen ich mich mit Experten der SWP, des Auswärtigen Amtes und des Bundesnachrichtendienstes zu Fragen wie Islamismus, Iran oder biologische Kampfstoffe beraten habe.

Doch es geht, und das ist der *zweite Aspekt*, der mir wichtig ist, um weit mehr als um die rasche und zuverlässige Mobilisierung von Expertise zu Einzelfragen der Außen- und Sicherheitspolitik. Sie alle wissen: In der Außen- und Sicherheitspolitik ist Kontinuität des Regierungshandelns eine besondere Verpflichtung. Sie sichert Glaubwürdigkeit, Verlässlichkeit und Berechen-

barkeit – Tugenden, die auf diesem Terrain schlechterdings unverzichtbar sind.

Keine Partei, die in der Regierungsverantwortung steht (spätestens dann!) oder stand, stellt die zentralen Grundorientierungen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik in Frage: Europäische Integration, Pflege des transatlantischen Verhältnisses und Stärkung multilateraler Kooperation sind und bleiben die tragenden Elemente. Hier gibt es einen breiten und tragfähigen Konsens in der Gesellschaft und quer durch alle politischen Parteien.

Infolgedessen sind für den politisch Handelnden die Handlungsspielräume bei der Gestaltung der Außenpolitik nicht uferlos. Das ist auch gut so, denn es ist die Konsequenz der festen Verankerung Deutschlands in Europa, im westlichen Bündnis und in den Vereinten Nationen.

Diese Situation birgt Chancen und Risiken zugleich. Außenpolitisches Handeln ist einerseits vom Zwang zur permanenten Selbst-Vergewisserung über strategische Grundoptionen weitgehend befreit. Dennoch wäre es aus meiner Sicht ein Trugschluß zu meinen, daß eine solche Selbst-Vergewisserung gegenstands- oder nutzlos wäre. Konzeptionelles Denken hat seinen Ort und seine Berechtigung.

Nehmen Sie als Beispiel nur die Frage, wohin ein erweitertes Europa steuert, wie wir die Zukunft Europas jenseits der Auseinandersetzungen über die Agrarmarktordnung gestalten wollen und auf welche Weise

wir sicherstellen können, daß Europa international handlungsfähig wird.

Die Aufgeregtheiten, die immer dann entstehen, wenn ein politischer Entscheidungsträger sich öffentlich hierzu äußert, demonstrieren in sinnfälliger Weise die Grenzen und Zwänge, denen handelnde Politik ausgesetzt ist.

Und hier kann eine wissenschaftliche Forschungseinrichtung ihren zweiten großen komparativen Vorteil einsetzen: Ihre *Unabhängigkeit* – vom Tagesgeschäft, vom staatstragenden Gestus und von protokollarischen Rücksichtnahmen.

Und ein *dritter Aspekt* ist mir wichtig, wobei ich gleich darauf hinweisen will, daß dies weniger eine Erwartung, als vielmehr eine Hoffnung ist: Regierungshandeln, das haben wir von Max Weber gelernt, vollzieht sich nicht im luftleeren Raum, sondern ist gebunden daran, auf welche Weise die Ausübung von Herrschaft organisiert ist. Im Auge hatte Weber damit weniger den gewaltenteiligen Prozeß zwischen Legislative und Exekutive, sondern vielmehr die Entscheidungsvorbereitung und -findung innerhalb der Exekutive, die, um ihn selbst zu zitieren, von »festen Kompetenzen, Aktenmäßigkeit, hierarchischer Unter- und Überordnung« als grundlegenden Organisationsprinzipien geprägt ist. Das gilt natürlich auch für das Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik, auch wenn das nicht immer so offensichtlich ist.

Modernes Regieren heißt andererseits aber auch und vor allem: Ein Klima des Dialogs und des Diskurses zu schaffen, in dem Politik nicht nur gemacht, sondern auch begründet wird. Es ist klar, daß dieses diskursive Element in einem gewissen Spannungsverhältnis zu den soeben genannten Prinzipien der Organisation eines hierarchischen Apparats steht.

Ich denke sicherlich nicht daran, die Staatssekretärsrunden künftig als herrschaftsfreien Diskurs zu organisieren. Aber wir brauchen Dialog und Diskurs, wenn wir Politik machen wollen, die sich nicht im Verwalten von Dossiers erschöpft. Hierzu ist ein kontinuierlicher Austausch mit der Wissenschaft unverzichtbar.

Denn ein Wissenschaftler ist grundsätzlich in diskursiv strukturierten Kommunikationszusammenhängen zu Hause – der dritte komparative Vorteil, den er gegenüber einem in einem Apparat eingebundenen Regierungsvertreter hat. Und ich bin davon überzeugt, daß wir, auch was das geistige Klima in dieser Republik angeht, von einem intensivierten Dialog mit der Wissenschaft profitieren können.

Berlin bietet dazu gute Voraussetzungen. Nicht nur im engeren Sinne universitär, sondern neben SWP auch durch WZB und Wissenschaftskolleg. Die Möglichkeit zu sehen heißt noch nicht, sie zu nutzen. Natürlich weiß ich, daß der Dialog zwischen Wissenschaft und Politik vielerorts verbesserungsbedürftig ist. Das ist eine Aufgabe, der sich beide Seiten stärker als bisher widmen müssen.

Reden zum
40jährigen Bestehen,
1. Juli 2002

Zunächst einmal bedarf dieser Dialog, das ist meine feste Überzeugung, der Verstetigung. Das könnte wechselseitige Verständigungsschwierigkeiten ausräumen helfen: Die zuweilen beklagte Irrelevanz der Forschungsergebnisse ließe sich verringern, wenn größere Klarheit über die Erwartungen der Rezipienten hergestellt würde.

In einer Situation, in der Aufmerksamkeit eine knappe Ressource ist, müssen wir als politisch Handelnde uns aber auch mehr Zeit zum Zuhören nehmen. Wissenschaftliche Politikberatung kann nur funktionieren, wenn wir Bereitschaft aufbringen, jenseits der Bewältigung des drängenden operativen Tagesgeschäfts Orientierungen und Optionen für mittel- und langfristige Politik zu diskutieren.

Klar ist, daß wir dabei nicht fertige Antworten und Konzepte erwarten können. Umgekehrt muß auf der Seite der Wissenschaft das Verständnis wachsen, daß wissenschaftlicher Rat die Entscheidung nicht zu ersetzen vermag. Wiederum in den Worten Max Webers: *»... die letzten Stellungnahmen des Wollens können mit den Mitteln der Wissenschaft nicht entschieden werden ...«*

Die Stiftung kann in diesem Jahr auf 40 erfolgreiche, außen- und sicherheitspolitisch bewegte Jahre zurückschauen. Sie hat sich als konstruktiv-kritischer Wegbegleiter der außenpolitischen Entscheidungsträger in Bundesregierung und Bundestag ein hervorragendes Renommee erworben und wird im Kreis der internationalen wissenschaftlichen Institute sehr geschätzt.

Im Jahre 1965, als im Deutschen Bundestag der Beschluß gefaßt wurde, der 1962 privat gegründeten Stiftung beizutreten, startete man mit einer Zuwendung in Höhe von 250 000 DM. Ein Betrag, der heute nahezu die achtzigfache Höhe hat!

Gerade in einer Zeit knapper öffentlicher Kassen ist das ein untrüglicher Indikator für die Wertschätzung, die Bundesregierung und Bundestag der Notwendigkeit wissenschaftlich fundierter Politikberatung beimessen.

Ich freue mich besonders darüber, daß die Stiftung ihr Jubiläum heute in Berlin begeht. Mit dem Umzug der SWP von Ebenhausen nach Berlin im letzten Jahr wurde die räumliche Trennung vom Regierungssitz beendet, die seit ihrer Gründung im Jahre 1962 bestand.

Es mag seinerzeit gute Gründe für die räumliche Trennung von SWP und Bundesregierung gegeben haben. Aber die Nähe zu den außenpolitischen Akteuren macht Politikberatung präsender und damit relevanter. Deshalb habe ich mich von Anfang an für den Umzug eingesetzt.

Der ging einher mit einer Neustrukturierung der politikberatenden Forschung – insbesondere der Forschung für die Außen- und Sicherheitspolitik.

Ergebnis der Neustrukturierung ist das neue Forschungsinstitut der SWP mit dem Namen »Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit«. Dieses wird künftig mit 150 Mitarbeitern und einem Jahresetat von rund 10 Mio. Euro das größte Forschungszentrum dieser Art in Europa sein.

Reden zum
40jährigen Bestehen,
1. Juli 2002

Mit der gelungenen Integration von Aufgaben und Mitarbeitern des Kölner »Bundesinstituts für internationale und ostwissenschaftliche Studien« sowie der »Abteilung Gegenwartskunde« des Münchener »Südost-Instituts« konnten in den vergangenen Jahren erhebliche Synergieeffekte und ein ansehnlicher Konsolidierungserfolg erzielt werden. Und zwar ohne den, von Kritikern dieser Reform befürchteten, Stellenabbau im Wissenschaftsbereich. Die Neustrukturierung findet daher auch in Fachkreisen große Anerkennung.

Ich weiß, daß es manchen nicht leichtgefallen ist, den Schritt nach Berlin zu machen. Ich hoffe aber, daß sie ihn nicht bereut haben. Ich jedenfalls freue mich, daß ich auf diese Art über einen kurzen Draht zur SWP verfüge und verspreche Ihnen, ihn auch in den nächsten Jahren intensiv zu nutzen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit,
sage herzlichen Glückwunsch,
auf weiterhin gute Zusammenarbeit.

Schlußwort

Prof. Dr. Heinrich Vogel

Mitglied des Vorstands der SWP

Meine Damen und Herren,

Gestatten Sie mir ein erstes kurzes Schlußwort – einen Blick auf die vergangen 40 Jahre, auch aus der Sicht der Mitarbeiter, die den Weg aus Ebenhausen, Köln und München in dieses Institut gefunden haben, wohl-gemerkt nicht in Nostalgie, denn dazu besteht kein Anlaß angesichts der höchst motivierenden neuen Arbeitsbedingungen des neuen Instituts und der neuen Nähe zu unseren Abnehmern. Eine kurze Reflexion zur Grunderfahrung kann nicht schaden, denn es waren spannende Zeiten.

Erinnern wir uns: Es waren die Teilung Deutschlands und die kommunistische Bedrohung, die den Wunsch nach politikbegleitender Forschung gefördert hatten, ein Wunsch, der sich 1962 in der Gründung der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen und zuvor schon 1961 in der des Bundesinstituts für ost-wissenschaftliche und internationale Studien in Köln niederschlug. Nirgends in Westeuropa gab es seither vergleichbare Forschungseinrichtungen. Und wer in diesen Instituten arbeiten durfte, wurde von ausländischen Kollegen auch um die Weisheit der Regierenden

Reden zum
40jährigen Bestehen,
1. Juli 2002

im westlichen Teil Deutschlands beneidet, die solche Institute über Jahrzehnte förderten.

Ob unsere Arbeit erfolgreich war, mögen andere beurteilen. Wichtig bleibt ein Aspekt: An der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik wird die Bewahrung der geistigen Unabhängigkeit – das heißt Offenheit für alternative Interpretationen der Fakten, für mehr als eine Variante der Zukunft – zur Herausforderung. Man geht sicher nicht fehl, wenn man die Aufgabenstellung politikbegleitender Forschung als anspruchsvoll bezeichnet. Denn heute wie in der Vergangenheit gilt es, die Balance zu halten zwischen wissenschaftlicher Solidität und Gesprächsfähigkeit gegenüber einem ständig unter Zeit- und Handlungsdruck stehenden Abnehmer aus der Politik. Dabei setzt der Mainstream der politischen Erwartungen oft einen engen Rahmen.

Als Beispiel mag das Paradigma des Ost-West-Gegensatzes dienen. Seien wir ehrlich: Das Ende der Konfrontation mit der kommunistischen Vormacht Sowjetunion war nicht wirklich vorstellbar, noch weniger war es der Verzicht Moskaus auf das Vorfeld seines europäischen Imperiums in Deutschland. Auf diesem Hintergrund bewegte sich das Nachdenken über Optionen der Politik bis ans Ende der achtziger Jahre auf einem schmalen Grat zwischen antikommunistischer Überzeugung im Grundsatz und realpolitischer Skepsis gegenüber der Möglichkeit, daß das Ende der Teilung Europas unmittelbar bevorstünde.

Auch die Motive, die (abgesehen von fiskalischen Vorgaben) zur Zusammenlegung des Forschungsinstituts der Stiftung, des Bundesinstituts und eines Teils des Südost-Instituts im Januar 2000 führten, sind durchaus aufschlußreich: Inspiriert von der Vereinigung der beiden Teile Deutschlands und dem Zusammenbruch der Sowjetunion, wurden die außen- und sicherheitspolitischen Vorstellungen im Westen von einer neuen Grundüberzeugung getragen. Die neuen Weltformeln eines Fukuyama oder eines Huntington waren ja nicht unplausibel. Als Arbeitshypothesen anregend, bieten diese Megatheorien freilich in der Anwendung auf die konkreten Fragen der Politik weder verlässliche Orientierung noch operative Antworten, von den unbeabsichtigten politischen Nebenwirkungen solcher Lehrgebäude ganz zu schweigen.

Hier erweist sich, daß erst die Beschäftigung mit den lästigen politischen, ökonomischen und kulturellen Details krisengefährdeter Regionen einen Zugang zum Verständnis der akuten und latenten Konflikte und ihrer Begrenzung öffnet. Die militärische und ideologische Teilung Europas liegt bereits zehn Jahre zurück, aber die politische Einheit Europas ist auch heute noch mehr Auftrag als Realität – sowohl in den inneren Strukturen der EU wie in ihrem Verhältnis zu den Beitrittskandidaten oder den neuen Nachbarn. Betrachtet man die übrige Agenda mit Problemen wie der Krise im Nahen und Mittleren Osten, der Definition einer neuen Rolle für die NATO, der Standortbestimmung Europas

gegenüber den USA, den unübersehbaren inneren Problemen Rußlands und nicht zuletzt dem absehbaren Fallout der Konflikte im vergessenen Afrika, so können sich die Forscher dieses Hauses nicht über Mangel an Arbeit beschweren. Ob die amerikanische Devise vom Kampf gegen den Terrorismus auf all diesen Problemfeldern als Leitvorstellung ausreicht, ist höchst zweifelhaft.

Der analytische Auftrag dieses Hauses ist am ehesten als Frühwarnsystem beschrieben, was nicht als Freibrief für bloßes Bedenkentragen mißverstanden werden soll. Mitdenken in den Kategorien der außen- und sicherheitspolitischen Praxis und Politiknähe verpflichten zur Handlungsorientierung, aber es berechtigt auch zum unbequemen (wenn auch nicht unbedingt öffentlichen) Widerspruch.

Letztlich entscheidend für den Erfolg dieses Hauses wird sein, ob wir es schaffen, positive Neugierde auf die Ergebnisse unserer Arbeit zu wecken. Aber nicht weniger wichtig ist, daß die Politik den Weg zum Ludwigkirchplatz findet, daß sie sich die erforderliche Zeit für einen vertrauensvollen Diskurs nimmt. In diesem Sinne wünsche ich dem Institut und seiner integrierten Mannschaft Erfolg – ad multos annos, sagen wir: erst einmal für weitere vierzig Jahre!

Schlußwort

Dr. Christoph Bertram

*Vorstandsvorsitzender der SWP
und Institutsdirektor*

Sehr verehrte Damen und Herren,

an Geburtstagen, runden zumal, denkt man weniger an das Erreichte als an die vielen guten Dinge, die einem zuteil wurden. Wenn der Bundeskanzler zum dritten Mal in 18 Monaten sein Erscheinen absagen muß, dann können wir sagen, daß er kaum einer anderen Einrichtung so oft wie der Stiftung Wissenschaft und Politik zugesagt hat.

So ist denn auch diese Veranstaltung vor allem ein Grund, Dank zu sagen. Dieser Dank gilt neben dem deutschen Steuerzahler vielen, die heute hier versammelt sind. Ohne die tatkräftige, hartnäckige Unterstützung von Persönlichkeiten wie Hans-Ulrich Klose, Frank-Walter Steinmeier, Wolfgang Schäuble, Klaus Hagemann, Friedhelm Pflüger und Hans Merkle, ohne das Engagement von Ulrich Hartmann – und die Liste all derer, die halfen, weil sie die Arbeit der Stiftung für wichtig halten, ist damit noch lange nicht erschöpft – wären wir heute nicht in diesem schönen Gebäude. Wir hätten es besser nicht treffen können. Das sieht jeder, der uns hier besucht, das weiß jeder, der hier arbeitet. Jeden Morgen, wenn ich in den Ludwigkirch-

Reden zum
40jährigen Bestehen,
1. Juli 2002

platz einbiege und die Stufe unseres Eingangs hochgehe, spüre ich ein Gefühl der Dankbarkeit, daß wir hier unser Heim gefunden haben. Es hätte – Herr Steinmeier, Herr Klose, Sie wissen das – auch anders kommen können. Daß es so gekommen ist, ist ein wunderschönes Geburtstagsgeschenk.

Nun ist es nicht nur der Ort, es sind die Umstände und Bedingungen unserer Arbeit, die wichtige Voraussetzungen dafür schaffen, daß wir diese Arbeit auch gut machen können. Und hier möchte ich wiederum Dank sagen. Nicht nur an jene, die in Parlament und Administration unsere finanzielle Ausstattung ermöglichen. Bei allen Beschränkungen, die unserem Haushalt noch auferlegt sind – meine Kollegen und ich wissen es sehr wohl: Es ist keine Selbstverständlichkeit, wenn trotz knapper Bundeskassen hier das größte außenpolitische Forschungsinstitut nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Westeuropa steht und erhalten wird. Und, Herr Steinmeier, wir kosten nicht nur 80mal soviel wie vor 40 Jahren, wir sind auch mindestens 80mal produktiver. Inzwischen können wir sogar wieder einige neue Forscher einstellen und damit Lücken in unserer Expertise schließen, bis im Jahr 2006 dann unser Haushalt ohne Belastungen sein wird.

Die Finanzen sind das eine, die intellektuelle Kultur, in der wissenschaftliche Politikbegleitung nur gedeihen kann, ein anderes. Hier fehlt es gelegentlich nicht an Klagen von unsereinem, die Politik halte sich zwar Institute wissenschaftlicher Beratung, sei aber im

Gründe beratungsresistent. Ich kann in diese Klage nicht einstimmen. Außenpolitische Entscheidungen sind das Produkt vieler Erwägungen, von denen die wissenschaftliche Analyse nur eine sein kann. Aber je besser sie ist, desto mehr wird sie als Bezugspunkt gewertet und dadurch wirken.

Sorgen macht mir weniger mangelnde Aufgeschlossenheit unserer Kunden als vielmehr ihr zunehmend hektischer Arbeitsstil. Die Amtsstuben der Regierung, aber auch immer mehr die des Parlaments, sind oft von einer nervösen Betriebsamkeit erfüllt, die nicht etwa nur für das Lesen von SWP-Produkten und der Teilnahme an unseren Veranstaltungen, sondern überhaupt für perspektivisches Nachdenken keinen Raum läßt. Hier, nicht in der grundsätzlichen Bereitschaft, sondern in der praktischen Unfähigkeit der politischen Akteure, sich die Zeit zu nehmen, unsere Analysen in politische Entscheidungen einzubeziehen, darin sehe ich das eigentliche und leider wachsende Problem.

Aber nun zu den versprochenen Worten des Dankes. Unabhängigkeit ist das wichtigste Gut wissenschaftlicher Beratung. Und es ist keineswegs selbstverständlich, daß bei einem Institut wie dem unseren, das aus der Staatskasse getragen wird, diese Unabhängigkeit unbeeinträchtigt bleibt. Aber so ist es.

Von keinem unserer Kunden, keinem Regierungsressort und keiner Bundestagsfraktion ist nach meiner Erfahrung der Versuch gemacht worden, unliebsame Forschungsthemen zu blockieren oder die Verbreitung

unerwünschter Forschungsergebnisse zu verhindern. Es gibt umgekehrt sogar großes Verständnis dafür, daß wir nicht Auftragsforschung betreiben, sondern selbst die Themen unserer Neugier und Befassung bestimmen. Natürlich sind wir bemüht und müssen es sein, uns in die Anforderungen unserer Kunden hineinzuversetzen, und der Umzug nach Berlin war auch deshalb überfällig. Aber wir können dies tun, ohne daß irgendein unzulässiger Einfluß ausgeübt oder auch nur ein unsittlicher Antrag an uns herangetragen wird. Wir in der SWP sind uns der Verantwortung bewußt, die daraus folgt; im übrigen liegt es ja auch nahe, daß Wissenschaftler dann bessere Arbeit leisten, wenn niemand versucht, ihnen das Ergebnis zu schreiben. Aber zum 40. Geburtstag darf man für etwas danken, das in der Bundesrepublik Deutschland, aber keineswegs überall selbstverständlich geworden ist.

Geburtstage sind Anlaß zum Dank, sie sind auch Anstoß, nach vorn zu blicken. Was wünschen wir uns von der deutschen Politik der nächsten Jahre am meisten, und welche Aufgabe erwächst daraus für die SWP? Man kann es auf eine Formel bringen: Wir wünschen uns mehr deutschen Ehrgeiz, Deutschlands und Europas internationales Umfeld zu gestalten. Dafür reicht es nicht aus, von einem neuen Selbstverständnis der deutschen Außenpolitik zu sprechen; wir müssen leider feststellen, daß das Postulat bisher kaum von eigenem Gestaltungs Ehrgeiz begleitet wird. Nicht nur die Bundesrepublik, auch unsere europäischen

Partner beschränken ihre Außenpolitik zumeist auf Postulate – und verlassen sich dann gern darauf, daß andere, vor allem Amerika, die Sache schon irgendwie richten werden. Das ist gewiß bequem, und es mag hinreichen, solange der große und noch mächtige Verbündete sich kümmert. Nur wird er das nicht immer und dann auch nicht immer so tun, wie es unsere Interessen verlangen. Deshalb kommt dieses Land, das Schwergewicht in der Europäischen Union, nicht mehr umhin, sich geistig und materiell darauf einzustellen, daß andere sich einmal nicht kümmern könnten, daß wir selbst Anstoßer, Antreiber, hier und da sogar Anführer sein müssen.

Das fällt der öffentlichen Meinung wie den politischen Eliten unseres Landes schwer. Die Umstellung ist mühsam, aber sie ist unvermeidlich. Sie ist, verhalten und inkonsequent, bereits im Gange: Ein Land kann eben auf die Dauer nicht ohne strategisches Konzept Soldaten in nahe und ferne Krisenherde entsenden. Wir müssen vielmehr prüfen und dann entscheiden, was wir wollen und was wir dazu aufzubringen bereit sind.

Bei diesem notwendigen Prozeß kann, wenn Sie mögen, die Stiftung Wissenschaft und Politik Ihnen zur Hand gehen. Diese Fragen sind schon längst der Anstoß für unsere Arbeit, für unsere Analysen des internationalen Geschehens, für unser Nachdenken darüber, welche Folgerungen sich für deutsche Außenpolitik – und das heißt immer mehr: deutsche Mit-

wirkung an europäischer Außenpolitik – spezifisch ergeben. Es ist ja auch der eigentliche Grund, weshalb diese Stiftung vor 40 Jahren von Klaus Ritter erdacht und geprägt, ihre staatliche Förderung von namhaften Politikern aller Parteien beschlossen wurde und bedeutende Vertreter von Wissenschaft und Wirtschaft mit ihrem guten Namen für die Stiftung bürgen. Und weshalb sie heute ihre Förderung erfährt. Mit den neuen Aufgaben, die auf die Bundesrepublik Deutschland zukommen, wird auch die Arbeit der SWP noch notwendiger. Deshalb, verehrte Vertreter von Parlament und Regierung, hier unser Wunsch für die kommenden Jahre: Nutzen Sie uns!

Das gilt sehr konkret auch für den heutigen Abend: Ich lade Sie, meine Damen und Herren, sehr herzlich ein, nun die Gastfreundschaft dieses schönen Hauses zu nutzen. Bei dem Empfang, der draußen auf uns wartet und, wenn Sie mögen, bei dem anschließenden Gartenfest mit Speis, Trank, Tanz und Gesang.

Vielen Dank.